

FOKUS CHILE

Konrad-Adenauer-Stiftung Santiago

März 2015

AUSGABE 3

Korruptionsvorwürfe auch im Haus Bachelet

Neben dem Pentagate-Fall (s.a. Länderbericht „Chiles politisches System gerät in eine Vertrauenskrise“ vom 02.03.2015) erschüttert nun ein weiterer Skandal das politische System Chiles. Hauptbeschuldigter in diesem Fall ist Sebastián Dávalos, Sohn der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet und Leiter der Präsidentialabteilung für Soziales und Kultur. Dávalos soll mittels „privilegierter Informationen“, einem Insidergeschäft, einen Kredit in Höhe von 11 Millionen USD von der Banco de Chile erhalten haben, welcher in den Erwerb von Grundstücken in der Gemeinde Machalí investiert wurde. Der spätere Wiederverkauf dieser Immobilien brachte dem Unternehmen rund 4,1 Millionen USD Gewinn ein.

Dabei sorgt nicht nur die Tatsache, dass Dávalos' Gattin, Nicole Compagnon, 50 Prozent der Anteile von Caval Limitada hält, für Aufsehen. Auch der Zeitpunkt der Kreditvergabe erzeugt Skepsis, wurde dem Unternehmen doch nur einen Tag nach dem Amtsantritt Bachelets im März 2014 der Kredit bewilligt, nachdem die Darlehensanfrage durch das Unternehmen mehrere Male zuvor abgelehnt worden war. Als im Februar 2015 die Korruptionsvorwürfe gegen Dávalos publik wurden, wies er diese zunächst entschieden zurück und beteuerte, dass die Verhandlungen der Kreditvergabe bereits vor der Kandidatur seiner Mutter erfolgt seien. Zur eigenen Entlastung veröffentlichte Dávalos Deklarationen über seine Besitztümer und Beteiligung am Unternehmen. Am Sonntag, den 1. März 2015, trat das Ehepaar Dávalos / Compagnon – nicht zuletzt aufgrund des hohen öffentlichen Drucks – dennoch von allen Ämtern zurück.

Caso Caval – Fakten

Wer ist betroffen? Der Sohn der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet, Sebastián Dávalos

Worum geht es? Um eine Kreditvergabe in Höhe von 11 Millionen USD

Politische Folgen:

- Sebastián Dávalos trat zurück
- Unruhe in der Nueva Mayoría
- Die vom Penta-Skandal geschwächte politische Rechte profitiert vom Caso Caval und versucht geplante Gesetzesentwürfe der Regierung zu verzögern

Den Oppositionsparteien, insbesondere der UDI (Unión Demócrata Independiente), kommt der Zeitpunkt des Skandals und der daraus resultierende Amtsrücktritt Dávalos gelegen, nicht nur da die Opposition nun die Chance sieht, geplante Gesetzesentwürfe zur Legalisierung der Abtreibung und der Gleichstellung der Geschlechter hinauszuzögern, da die Regierung sich nun sehr stark auf die Frage der Finanzierung von Parteien und Kampagnen konzentrieren muss, sondern nicht zuletzt auch von ihren eigenen Verwicklungen in den Penta-Fall ablenken kann. Mittels eines von dem UDI-Abgeordneten Felipe Ward versandten Fragebogen fordern sie die Präsidentin auf, alle Details zu dem Fall Caval offen darzulegen und sich offiziell für diesen Vorfall zu entschuldigen. Bachelet hatte erklärt, von dem Geschäftsgebaren ihres Sohnes und den gegen ihn anhängigen Vorwürfen erst aus den Medien erfahren zu haben.

Neben der Kritik seitens der Rechten sorgt dieser Korruptionsskandal auch für Unruhe innerhalb der Nueva Mayoría. So wird dem Innenminister, Rodrigo Peñailillo (Partido por la Democracia, PPD), vorgeworfen, die Auswirkungen des Skandals stark unterschätzt zu haben. Anstatt sich des Problems anzunehmen, setzte er bis vergangene Woche seinen Urlaub fort.

Zuletzt wirkt sich der Fall Caval äußerst negativ auf die Popularität und Glaubwürdigkeit der aktuellen Regierung und deren Präsidentin Bachelet aus. Laut Umfragen des Adimarks vom 3. März 2015 büßte die Präsidentin insbesondere in den Kategorien Krisenbewältigung und Korruptionsgrad staatlicher Organisationen enorme Verluste ein und fiel auf 53 Prozent Zustimmung bei der Krisenbewältigung zurück.

Spionageverdacht belastet Beziehungen zwischen Chile und Peru

Nur ein Jahr nach Beilegung des jahrzehntelangen Streits um die Seegrenze zwischen Chile und Peru durch das Urteil des Internationalen Gerichtshofes stellt ein im Februar 2015 publik gewordener Verdachtsfall von Spionage die Beziehungen zwischen den beiden Andenstaaten erneut auf die Probe. Laut Militärstaatsanwaltschaft sollen drei Unteroffiziere der peruanischen Kriegsmarine zwischen 2005 und 2012 geheime Informationen unter anderem an Offiziere der chilenischen Armada weitergegeben haben.

Als Reaktion auf die Vorwürfe schickte die peruanische Regierung eine Protestnote an die chilenische Regierung und zog seinen Botschafter Fernando Rojas Samanéz aus Chile ab.

Indes betonte der chilenische Außenminister Heraldo Muñoz, dass Chile keine Spionagetätigkeiten, weder im Ausland noch auf eigenem Boden, toleriere.

Anfang 2014 war der Sicherheitsdienst der peruanischen Marine (Dirección de Inteligencia Naval, DIN) auf häufige, nicht genehmigte Auslandsreisen der Unteroffiziere aufmerksam geworden. Die Indizien festigten den Verdacht auf Spionageaktivität, sodass der Fall vor das peruanische Militärgericht kam. Anklagepunkte gegen die sich in Untersuchungshaft befindenden Marinemitglieder sind Untreue, Zuwiderhandlung und Vaterlandsverrat.

Chronik: Eine schwierige Nachbarschaft

Ende des 19. Jahrhunderts: „Salpeterkrieg“ – seitdem Uneinigheiten über den ländlichen und maritimen Grenzverlauf

Januar 2008: Klage der peruanischen Regierung gegen Chile zur Festlegung der Seegrenze

November 2009: Ein Angehöriger der peruanischen Luftwaffe FAP soll der Spionage für das südliche Nachbarland überführt worden sein

27. Januar 2014: Urteil des Internationalen Gerichtshofes (IGH) im Seegrenzkonflikt (siehe Länderbericht)

Februar 2015: Erneuter Spionagefall durch peruanische Offiziere.

7. März 2015: Peru zieht als Reaktion seinen Botschafter aus Chile ab.

Bereits 2009 war ein peruanischer Luftwaffen-Offizier wegen des Verkaufs geheimer Dokumente an die chilenische Armee verurteilt worden. Der aktuelle Verdacht, Chile könnte erneut von der Informationsbeschaffung durch peruanische Spione profitiert haben, bedeutet

eine weitere Belastung des Verhältnisses zwischen den beiden Andenstaaten.

Die Außenminister Chiles und Perus, Heraldo Muñoz und Gonzalo Gutiérrez, zeigten derweil Gesten der Annäherung, als sie am 1. März 2015 im Rahmen der Zeremonie zum Präsidentenwechsel in Uruguay zu einer Unterredung zusammenkamen. „Es hat wichtige Signale von beiden Seiten gegeben und wir haben die Bereitschaft und den politischen Willen, zusammen in die Zukunft zu schauen“, so Muñoz.

Die kürzlich übermittelte Antwort Chiles auf die peruanische Protestnote sei allerdings noch nicht zufriedenstellend, ließ die Regierung in Lima verlauten.

Die kürzlich übermittelte Antwort Chiles auf die peruanische Protestnote sei allerdings noch nicht zufriedenstellend, ließ die Regierung in Lima verlauten.

Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in Chile ist im Trimester November 2014 bis Januar 2015 zum dritten Mal in Folge gestiegen und liegt nun bei 6,2 Prozent. Von rund 8,5 Millionen erwerbsfähigen Chilenen waren somit 524.000 ohne Arbeitsplatz. Das sind 0,2 Prozent mehr als im vorherigen Trimester. Im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr stieg die Arbeitslosigkeit um 0,1 Prozent.

Den stärksten Anstieg verzeichnete das Nationale Institut für Statistik (Instituto Nacional de Estadísticas, INE) bei Haushaltsdienstleistungen (-5,7 Prozent) und in der Baubranche (-5,7 Prozent).

Der Hauptgrund für den Anstieg der Arbeitslosenquote liegt in der schwächelnden Wirtschaft Chiles, die 2014 das geringste Wachstum seit fünf Jahren verzeichnete. 2015 soll die chilenische Wirtschaft nach Prognosen der Großbank BBVA um rund 3,1 Prozent wachsen.

Bevorstehende Veranstaltungen

16.03.-17.03.2015

**Auswahltagung Sur Place-Stipendien
2015**

25.03.2015

11. Forum Konrad Adenauer:

„Christen in der lateinamerikanischen Poli-
tik“ mit Herrn Sergio Micco Aguazo (Rechts-
anwalt und Doktor der Philosophie)